



Bericht aus Berlin

11 / 2011

Der Deutsche Bundestag ist in dieser Woche zur ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause zusammengekommen und ich melde mich somit mit meinem Bericht aus Berlin zurück. Traditionell ist diese Woche eine sog. Haushaltswoche, in der die ersten Beratungen für den Haushalt 2012 abgehalten werden.

Viel Freude bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihr

Aus dem Plenum

Europäischer Rettungsschirm

Mit der ersten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilitätsmechanismus hat der Deutsche Bundestag die Ertüchtigung der Europäischen Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF) auf den Weg gebracht. Mit der EFSF war im Mai 2010 ein temporärer Rettungsschirm aufgespannt worden, der im Jahr 2013 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst werden soll. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass die Schlagkraft der EFSF in bestimmten Punkten gestärkt werden muss. Um etwa die zugesagten Mittel in Höhe von 440 Mrd. € auch tatsächlich ausleihen zu können, wird der Garantierahmen auf 780 Mrd. € erhöht. Der deutsche Gewährleistungsanteil steigt von 123 auf 211 Mrd. €. Außerdem werden weitere Instrumente geschaffen, um vor allem mögliche Ansteckungseffekte frühzeitig unterbinden zu können: Neben Kredite treten als Möglichkeit vorsorgliche Kreditlinien oder das Aufkaufen von Anleihen von Eurostaaten am Primärmarkt. Unverändert bleibt: Hilfe gibt es nur bei einer Gefährdung der Finanzstabilität der Eurozone insgesamt und nur im Gegenzug für ein striktes finanz- und wirtschaftspolitisches Reformprogramm.

Haushalt 2012 steht im Zeichen der Konsolidierung

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche den Entwurf des Bundeshaushalts 2012 in erster Lesung beraten. Der Entwurf zeigt, dass die christlich-liberale Koalition die Haushaltskonsolidierung weiter vorantreibt und der Abbau der Neuverschuldung konsequent weiterverfolgt wird. Die Nettokreditaufnahme liegt im Jahr 2012 mit 27,2% Mrd. Euro um rund 13 Mrd. Euro unter den Annahmen des bisherigen Finanzplans und um 4,3% Mrd. Euro unter den Eckwerten von März 2011. Dabei sind alle absehbaren Zusatzbelastungen wie die Kosten der Energiewende, ein steigendes Zinsniveau, die deutsche Beteiligung am Europäischen Stabilisierungsmechanismus und die Entscheidungen im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr bereits eingeplant. Trotz der neuen Herausforderungen liegt die jahresdurchschnittliche Ausgabensteigerung in den Jahren 2011 bis 2015 mit 0,7 Prozent immer noch auf sehr niedrigem Niveau. In den Jahren 2012 bis 2014 unterschreitet die Neuverschuldung in der Summe den bislang geltenden Finanzrahmen um 25 Mrd. Euro. Ziel ist es, ab 2016 einen nach den Regeln der Schuldenbremse ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Der bis dahin noch lange Weg wird mit dem Bundeshaushalt 2012 fortgesetzt.

Weitere Informationen: www.cducs.de

Wussten Sie schon, ...?

... was ein Haushaltsplan ist?

Der Haushaltsplan stellt für ein Haushaltsjahr alle geplanten Ausgaben und Einnahmen zusammen. Die meisten Seiten widmen sich der Haushaltsplanung der einzelnen Ressorts, den sog. Einzelplänen. Die Aufstellungsphase des Haushaltsplans beginnt mit dem jährlichen Rundschreiben des Bundesfinanzministers, mit dem er von den obersten Bundesbehörden die Voranschläge anfordert. Sie bilden die Grundlage für den Haushaltsplanentwurf und die damit verbundenen Abstimmungen durch den Bundesfinanzminister. Der Entwurf des Haushaltsplans wird zusammen mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes von der Bundesregierung beraten und beschlossen. Die Bundesregierung leitet den Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans gleichzeitig dem Bundesrat zur Stellungnahme und dem Bundestag zur Beratung zu (sog. Haushaltswochen). Die Beratung im Bundestag umfasst insgesamt drei Lesungen. Nach der ersten Lesung lässt der Bundestag die Einzelheiten der Gesetzesvorlage durch die Fachausschüsse prüfen; federführend hierbei ist der Haushaltsausschuss, der jeden Posten berät und eventuell Veränderungen vorschlägt.

(Quelle: Deutscher Bundestag, Parlamentsdeutsch, Lexikon der parlamentarischen Begriffe)

Nachrichten

Kreislaufwirtschaftsgesetz: Bundesminister Röttgen zu Besuch in der AG Kommunales

Diese Woche berichtete Bundesminister Dr. Norbert Röttgen, MdB, in der AG Kommunales über den Sachstand zur Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Röttgen führte aus, dass der Regierungsentwurf sich den EU-rechtlichen Fragen stelle, indem er einerseits die kommunalen Überlassungspflichten gegen den Widerstand der Wirtschaftsseite in ihrem bisherigen Umfang beibehalte, aber andererseits der gewerblichen Sammlung den EU-rechtlich notwendigen Raum gewährt. Die Regelungen seien so ausgestaltet, dass den berechtigten Schutzinteressen der öffentlich-rechtlichen Entsorgung ein hoher Stellenwert eingeräumt werde. Gewerbliche Sammlungen seien nur zulässig, wenn die Erfüllung der kommunalen Entsorgungsaufgabe nicht gefährdet werde. Zudem beinhalte der Entwurf effiziente Mechanismen, um ein „Rosinenpicken“ der gewerblichen Sammler zu vermeiden.



BM Norbert Röttgen und Peter Götz

Katharina Franke zum Praktikum in Berlin



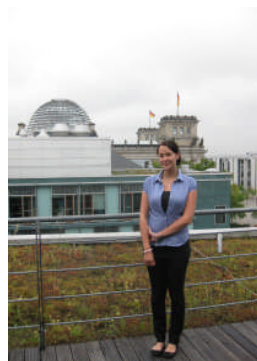
Katharina Franke und Peter Götz bei einer Besprechung im Büro

Die Iffezheimerin Katharina Franke nutzte die Zeit zwischen Abitur und Studienbeginn, um ein einwöchiges Praktikum im Berliner Büro des mittelbadischen CDU-Bundestagsabgeordneten

Peter Götz zu absolvieren. Im Rahmen Ihres Praktikums nahm die 19-Jährige u.a. an einer von Peter Götz geleiteten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik (siehe oben) sowie an einer Konferenz der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion teil. Auf der Konferenz, bei der auch Bauminister der CDU-geführten Bundesländer anwesend waren, konnte die angehende Studentin Einblicke in die Themen Städtebauförderung, energetische Gebäudesanierung und Novelle des Baugesetzbuches gewinnen.

Darüber hinaus verfolgte Katharina Franke mehrere Debatten im Plenum des Deutschen Bundestages zur Ersten Lesung des Bundeshaushaltes 2012. Besonders beeindruckt zeigte sich die Iffezheimerin von der Generaldebatte, bei der sie die Bundeskanzlerin einmal live miterleben konnte. Zwischen den Sitzungen unterstützte sie die Mitarbeiter von Peter Götz bei organisatorischen Aufgaben in seinem Büro.

„Ich habe eine sehr spannende und eindrucksvolle Woche hinter mir und bin in meinem politischen Interesse bestärkt worden,“ so Franke zum Abschluss ihres Berlinaufenthaltes.



Katharina Franke auf dem Dach des Jakob-Kaiser-Hauses

Mehr Infos unter: www.goetzpeter.de

Die nächste **Bürgersprechstunde**

von Peter Götz findet am **10. Oktober 2011** von **15 - 17 Uhr** in der CDU Geschäftsstelle in Baden-Baden, Sandweierer Str. 29 statt.

Interessierte wenden sich bitte kurz vorher zwecks **Terminabsprache** an das Bürgerbüro in Rastatt Tel. 07229/181840, peter.goetz@wk.bundestag.de.

Einige interessante Daten und Fakten...

Steigende Löhne – Aufschwung kommt bei den Arbeitnehmern an

Die wirtschaftliche Erholung schlägt sich inzwischen deutlich in den Tarifabschlüssen nieder. Hatten im vergangenen Jahr noch viele Tarifvertragsparteien aus Unsicherheit über die zukünftige konjunkturelle Entwicklung Einmalzahlungen vereinbart, die bei zukünftigen prozentualen Erhöhungen keine Berücksichtigung finden, lagen im ersten Halbjahr 2011 zahlreiche Tariferhöhungen bei drei Prozent und mehr. So erhielten die Beschäftigten in der Chemischen Industrie im Frühjahr eine Tarifierhebung um 4,1%. Im Bauhauptgewerbe wurde durch Schlichtung für den Westen eine Tarifierhöhung um drei Prozent ab 1. Mai 2011 erzielt. Darüber hinaus wurde eine Stufenerhöhung von 2,3% ab 1. Juni 2012 beschlossen. Im Osten fielen die Tarifierhebungen mit +3,4% ab 1. Juni 2011 beziehungsweise +2,9% ab 1. August 2012 etwas höher aus. Die neu abgeschlossenen Tarifverträge im Einzelhandel sowie im Groß-

und Außenhandel sehen jeweils Tarifierhebungen von drei Prozent im ersten Halbjahr 2011 und Stufenerhöhungen für 2012 vor. Im öffentlichen Dienst der Länder stiegen die Tarifverdienste ab 1. April 2011 um 1,5% und werden ab 1. Januar 2012 um weitere 1,9% sowie zusätzlich um einen Sockelbetrag von 17 Euro erhöht. Der zurzeit geltende Abschluss für den öffentlichen Dienst bei Bund und Gemeinden ist bereits seit Januar 2010 in Kraft. Er sieht eine Tarifierhebung um 0,6% ab 1. Januar 2011 und um 0,5% ab 1. August 2011 sowie eine Einmalzahlung von 240 Euro vor. Auch die Tarifierhebungen in der Metall- und Elektroindustrie (2,7% ab 1. April 2011), im Bankgewerbe (1,6% ab 1. Januar 2011) sowie der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (drei Prozent ab 1. Januar 2011) waren bereits 2010 vereinbart worden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Arbeitsmarkt gefestigt

Die Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit in Deutschland entwickelten sich auch im Juli 2011 im Vorjahresvergleich weiter günstig. So lag die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Wohnort in Deutschland mit gut 41 Millionen Personen um über eine halbe Million höher als noch vor einem Jahr. Die Zahl der Erwerbslosen betrug im Juli 2011 2,58 Millionen Personen, das waren rund 300 000 weniger als im Juli 2010. Nach vorläufigen Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung stieg im Juli 2011 die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2010 um 561 000 Personen oder 1,4%.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2010 ging die Erwerbslosigkeit um 300 000 Personen beziehungsweise 10,4% zurück. Bereinigt um saisonale und irreguläre Einflüsse sank die Zahl der Erwerbslosen von Juni auf Juli 2011 um 20 000 auf 2,56 Millionen, was einem Rückgang von 0,8% entspricht. Die bereinigte Erwerbslosenquote lag im Juli 2011 bei 6,1% und blieb damit gegenüber dem Vormonat unverändert. Im Vergleich zum Juli 2010 ist sie um 0,9 Prozentpunkte gesunken.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)